

Wer hat Angst vor den Armen?

Die Geschichte einer Hausbesetzung

Es war abzusehen, dass es geschehen würde: 6.000 leerstehende Wohneinheiten wurden von Armen und Wohnungslosen seit dem 8. März 2017 in einer Aktion mit dem Namen #OccupyBulacan besetzt. Nie zuvor hat es eine solche Konfrontation zwischen der Regierung und ihren Behörden für Wohnungsverwaltung einerseits und den ärmsten BürgerInnen andererseits gegeben. Eine bisher einzigartige Unternehmung Tausender Familien städtischer Armer hat die dramatische Wohnungsnot ans Licht gebracht. Schätzungsweise 18.000 Personen haben sich daran beteiligt und die Reaktionen der Behörden waren – gelinde gesagt – bössartig.

Kalipunan ng Damayang Mahihirap (KADAMAY), die landesweite Allianz städtischer Armer, hat #OccupyBulacan angeführt und organisiert, um leerstehenden Wohnraum an Menschen ohne Wohnung zu verteilen. Nach Schätzungen der Organisation gibt es allein in Bulacan weitere 8.000 Wohneinheiten, die seit 5 oder mehr Jahren leerstehend sind.

Die Wohneinheiten befinden sich in sechs Siedlungen in Bulacan, einer Provinz nördlich von Metro-Manila, und waren teilweise für Angehörige der Polizei und des Militärs und teilweise für die Umsiedlung von BewohnerInnen ohne Niederlassungserlaubnis gedacht.

Laut einem Bericht der nationalen Wohnungsbehörde vom September 2016 sind viele Wohneinheiten für Angehörige der nationalen Polizei und anderes uniformiertes Personal im Land jedoch ungenutzt. Nur 8.397 der 60.738 Wohneinheiten – also 13% – sind nicht leerstehend. Die ursprünglich vorgesehenen BewohnerInnen hatten diese Wohnprojekte als »Slum-Bewohner-Behandlung« kritisiert und dafür optiert, sich selber um Wohnraum zu kümmern.

Zwar muss die nationale Wohnungsbehörde erst noch die Zahl leerstehender Wohneinheiten in anderen Siedlungen ermitteln und bekanntgeben, aber in Anbetracht der Vielzahl solcher Siedlungen ist die Annahme berechtigt, dass es noch sehr viele davon gibt.

Was die Behörde vermutlich am meisten schockiert hat, ist, dass sie »#OccupyBulacan« nicht vorhergesehen hat. Eine Masse von StraßenhändlerInnen, FahrerInnen und AbfallsammlerInnen hat sie völlig überrascht. Das schmerzt. Es schmerzt besonders Menschen, die bisher städtische Arme beherrscht, manipuliert und immer wieder eingeschüchtert haben. Sie müssen sich machtlos gefühlt haben – zumindest für einige Tage. Das hat ihnen Angst gemacht.

Hintergrund und Vorgeschichte

All diese Wohneinheiten wurden im Rahmen des Sozialwohnungsbauprogramms der Regierung errichtet. Ein Skandal, denn »sozial« sind sie wahrlich nicht. Die Wohnbauprojekte werden von privaten Baugesellschaften und Entwicklern ausgeführt – im Auftrag der nationalen Wohnungsbehörde. Diese Unternehmen erhalten Steuervergünstigungen und weitere Finanzanreize und werden bei Fertigstellung regulär bezahlt. Darüber hinaus müssen die Nutznießenden des Wohnraums die Entwicklungs- und Baukosten und einen Zuschlag übernehmen. Der Durchschnittskosten für eine solche Wohneinheit in Bulacan liegen bei 4.800 US-Dollar; die Nutznießenden müssen dafür jedoch einen Betrag von 8.000 US-Dollar über einen Zeitraum von 30 Jahren aufbringen. Das mag für Familien mit einem regelmäßigen Einkommen nicht viel sein, aber für Menschen, die um regelmäßiges Einkommen kämpfen müssen, ist es eine große finanzielle Belastung. Im Jahre 2015 ermittelte eine Gruppe WissenschaftlerInnen, dass die Bauqualität der Wohneinheiten im Sozialwohnungsbauprogramm unterdurchschnittlich ist und nicht den Richtlinien des nationalen Baugesetzes entspricht. Das bedeutet, die Bauweise ist schlecht und mangelhaft gegen Wasserschäden und weitere Mängel geschützt. AnwohnerInnen beklagen, dass sie eine bessere Wohnung für weniger als 4.000 US-Dollar hätten bauen können.

Einer Studie des Philippine Institute for Development Studies von 2012 zufolge bewegt sich die Rückzahlungsquote bei Objekten wie in Bulacan, außerhalb Metro-Manilas, bei nur 4 Prozent. Der Rechnungshof stellte 2013 fest, dass im Sozialwohnungsbau von Bulacan die höchste Rate von Amortisationsrückständen und Schulden besteht.

Hinzu kommt, dass Wasser und Strom in diesen Siedlungen knapp sind; in einigen Fällen gab

von Michael Beltran

Der Autor ist Öffentlichkeitsreferent von KADAMAY. Der Beitrag erschien am 6. April 2017 auf der Website »The News Lens«.

Übersetzung aus dem Englischen von Jörg Schwiieger

BesetzerInnen harren vor den leerstehenden Wohneinheiten. Foto: KADAMAY





KADAMAY
errichtet Barri-
kaden.
Foto: KADAMAY

es zwei Jahre lang keine entsprechende Versorgung. Der Vizepräsident schätzte kürzlich, dass die Hälfte dieser Wohngebiete nicht über Trinkwasser verfügen; in einigen Fällen ist das Wasser verseucht. Die dreijährige Justine Billiones starb im vergangenen Jahr, nachdem sie Leitungswasser in einer solchen Siedlung in Bulacan getrunken hatte.

Der maximale Mindestlohn in dieser Gegend beträgt 7 US-Dollar pro Tag. Wer ihn mit viel Glück erhält, muss davon Nahrung, Schulgeld, Gesundheitsbeiträge etc. bezahlen, so dass es nicht überrascht, dass es für die Tilgung für die Wohnung nicht reicht. Warum müssen Arme für aus öffentlichen Mitteln finanzierten Wohnraum überhaupt zahlen? Die nationale Wohnungsbehörde kann den Baufirmen die Profite garantieren, nicht aber den Armen Wohnraum? Ich verstehe nicht, warum sie dann NutznießerInnen genannt werden können.

Absurde Kosten, Mangel an Versorgungseinrichtungen und große Entfernung von akzeptablen Arbeitsplätzen sind Gründe für die hohe Leerstandsrate in diesen Siedlungen.

Eben dieser grundlegende Fehler in der gegenwärtigen Wohnraumpolitik rief #OccupyBulacan hervor. KADAMAY stellt fest: »Wir haben die leerstehenden Wohnungen genutzt. Wir haben die Aufgabe der Regierung für sie übernommen.«

Ohne Hausbesetzungen wüsste die Öffentlichkeit nichts von der Lage im öffentlichen Wohnungsbau im Land. Als die nationale Wohnungsbehörde dann mit einer Lawine von Fragen konfrontiert wurde, ist deutlich geworden, dass sie nicht einmal eine ordentliche Übersicht der BewohnerInnen in diesen Siedlungen hat.

Aktion und Reaktion

#OccupyBulacan hat das Land überrascht. Verärgerte und hasserfüllte Reaktionen in großer Zahl setzten mit dem Tag der Aktion ein. Die Medien berichte-

ten laufend, wenn auch oft kritisch. Die Mittelschicht reagierte mit großer Empörung. Sie bezeichnete die BesetzerInnen als Faulenzer und undankbare, gesetzesbrecherische Invasoren, die Wohnungen rauben und Unfrieden stiften – bekannte Slogans, wenn Arme aktiv werden und den Status quo in Frage stellen.

Obgleich sie vorhersehbar waren, machten mich diese heftigen Reaktionen stutzig. Wollen wir lieber Landsleute auf der Straße haben als in eigenen Wohnungen? War nicht die »People Power Revolution«, die die Marcos-Diktatur stürzte, eine illegale Aktion, die von vielen aus der Mittelschicht unterstützt wurden? Es war kollektive Entschlusskraft, die sich Geltung verschaffte – ganz so wie bei #OccupyBulacan, wo es doch um das unveräußerliche Recht auf Behausung geht.

Irgendetwas läuft falsch, wenn man den Armen ihre Armut vorwirft oder sie dafür verurteilt, ein besseres Leben anzustreben. Mitleid ist nötig, aber was noch nötiger ist, ist Solidarität.

Die staatlichen Ordnungshüter optierten für eine gewaltsame Lösung. Präsident Duterte behandelte die Angelegenheit indem er sagte: »Offen gesagt fordert ihr immer: ›Halt die Gesetze ein. Kein Kriegrecht.‹ Aber ihr ignoriert das Gesetz. Das geht nicht. Ich werde mit harter Hand eingreifen und euch vertreiben. Es ist Anarchie und lässt die Regierung als nutzlos erscheinen.«

Seit dem ersten Tag der Besetzung überschwemmten Polizei und Militär das Gebiet und richtete Stützpunkte an Rand von anderen Umsiedlungsprojekten außerhalb Bulacans ein, um Nachahmung zu verhindern. Nahrungsmittelblockaden wurden eingerichtet, als UnterstützerInnen die BesetzerInnen versorgen wollten. Bares wurde angeboten, um die BesetzerInnen zur Aufgabe zu bewegen.

Als Reaktion wurden Barrikaden an den Zugängen zu den Siedlungen errichtet und es kam zu Protestaktionen von einem breiten Spektrum an UnterstützerInnen an der nationalen Wohnungsbehörde und am Präsidentenpalast. Studierende, Gesundheitspersonal, Künstler, Migrantengruppen, Gewerkschaften, Anwälte und Kirchenleute hielten zahlreiche Solidaritätskundgebungen für #OccupyBulacan ab.

Jeden der sechs Wohnblöcke zu besetzen erforderte viel Vorbereitung, Absprache, Zeitplanung, erhebliches politisches Bewusstsein und Mut. Zusätzlich führten die Wohnungslosen von Bulacan seit 2016 fast monatlich Gespräche mit der nationalen Wohnungsbehörde und sogar dem Präsidentenpalast. Sie hörten stets die gleichen Versprechungen, aber erlebten keine Anstrengungen zur Bearbeitung ihrer Anliegen.

Es geht hier ja nicht nur um Wohnungen, sondern um eine politische Aktion gegen die andauernde Ungerechtigkeit seitens der Regierung und der zuständigen Behörden.

Sieg in letzter Minute

Dutertes Ankündigung löste Erinnerungen an entsetzliche Vertreibungsszenen unter Präsident Noy-noy Aquino aus. 1,4 Millionen Menschen wurden vertrieben und 23 Tote waren zu beklagen. Für ein blutiges Regime wie das von Duterte ließ der Tag des Fristablaufs, der 28. März, Schlimmes befürchten.

»Nach Jahren des Wartens auf eine Wohnung, die man sich nicht leisten kann, vertreibt uns die Regierung in nur sieben Tagen«, war die Reaktion eines Bewohners, als die Räumungsverfügung am 20. März zugestellt wurde. Aber am Tag vor der Räumung fand ein Gespräch zwischen KADAMAY und der nationalen Wohnungsbehörde statt. Die Räumung wurde ausgesetzt und die nationale Wohnungsbehörde bemüht sich nun darum, die neuen Nachbarn regulär anzusiedeln oder Umzugsangebote zu machen.

Eine Räumung ohne Erklärung der Regierung dafür, warum öffentliche Mittel für weitgehend leerstehenden Wohnraum ausgegeben werden, hätte die Behörde weiter in die Defensive gebracht. Sie lenkte also ein und muss nun ihre langjährigen Versäumnisse untersuchen.

Der Präsident reagierte prompt. Am 3. April erklärte er, dass die fraglichen Wohnungen den BesetzerInnen übergeben würden und für die ursprünglich als BewohnerInnen vorgesehenen Polizei- und Militärangehörigen neue und bessere Wohnungen zur Verfügung gestellt würden. Er sagte: »Wir lassen die Menschen dort in Ruhe, denn sie wehren sich. Dieses Zugeständnis ist ein Zeugnis für die gemeinschaftliche Stärke von Menschen, die gewöhnlich wegen ihrer sozialen Stellung von der Gesellschaft schlecht angesehen werden.



Aber dies war nur der Auftakt für viele Aushandlungsschritte. Noch ist zu klären, wann die Wohnungen übertragen werden und ob die bisherigen Zahlungsbedingungen Anwendung finden sollen. KADAMAY vertritt dazu ein klares »Nein«, weil damit die Probleme, die zum Leerstand in großer Zahl geführt haben, einfach fortgesetzt würden.

Dies ist nicht das Ende der Geschichte. Die politischen Regularien, die zur Vernachlässigung von Millionen städtischer Armer führen und den Konflikt ausgelöst haben, bestehen weiter. Für die BesetzerInnen gibt es eine Frist bis 30. Mai, um alle nötigen Klärungen zu regeln. Manches kann da noch schiefgehen. Die nationale Wohnungsbehörde mit ihren Verbindungen zur Baubranche ist nicht besonders erfreut über ihre jüngste Publicity.

Ist dies ein Präzedenzfall? Gewiss. Von Gemeinwesen, die sich gegen Zerstörung und Vertreibung verteidigen, bis hin zur Übernahme ergeben sich neue Möglichkeiten für soziale Bewegungen sowohl ländlicher als auch städtischer Armer in den Philippinen. Es sind spannende Zeiten und viele Arme könnten sich schon bald das Jahr 2017 zu Eigen machen. ■

»Arbeit, Lohn, Wohnungen für alle« fordert KADAMAY für die Armen im urbanen Raum.
Foto: KADAMAY

Die Sprache des größten Inselstaats. Aufregend vielfältig!

NEU

Lehrbuch: 100 Lektionen, 512 S., ISBN 9783896250339 24,80 €
Audio-Plus-Sprachkurs: Lehrbuch + 4 Audio-CDs + 1 mp3-CD
ISBN 9783896252333 99,80 €

Spaß an Sprachen!
Sprachkurse für Selbstlerner nach der ASSiMiL-Methode

Über 25 Sprachen + Deutsch als Fremdsprache

Überall wo es Bücher gibt und auf www.ASSiMiLWelt.com

Lehrbücher | Audio-CDs | mp3-CDs